

Stellungnahme
gemäß § 6 der Geschäftsordnung
für den Stadtrechnungshof

betreffend das Projekt

**Sozialraumorientierung -
Durchführung eines dreijährigen Pilotprojektes
„Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich
Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“**

StRH GZ: StRH 39086/ 2008
Graz, im Februar 2010
Prüfungsleitung: Dr. Günter Riegler

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz
A-8011 Graz
Tummelplatz 9

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Gegenstand und Umfang der Prüfung	1
1.1. Auftrag und Überblick.....	1
1.2. Vorgelegte Unterlagen.....	2
1.3. Durchgeführte Besprechungen	2
2. Berichtsteil	3
2.1. Erforderlichkeit des Projektes (Bedarfsprüfung)	3
2.1.1. Das Projekt im Überblick.....	3
2.1.2. Defizitentwicklung in der Jugendwohlfahrt in Graz	4
2.1.3. Wesentliche Unterschiede zwischen dem bestehenden Modell und den Mechanismen im Pilotprojekt	5
2.1.4. Ökonomische Gründe für die Defizitentwicklung	6
2.1.5. Handlungsspielraum der Stadt Graz zur Reduktion der Defizitentwicklung	8
2.2. Konkrete Ausgestaltung des Projektes.....	10
2.2.1. Verteilung des Defizits auf Maßnahmengruppen.....	10
2.2.2. Betroffene Familien, Minderjährige und erbrachte Leistungen	11
2.2.3. Kosten und Fallzahlen in der Vollen Erziehung	13
2.2.4. Kosten und Fallzahlen in der Unterstützung der Erziehung.....	15
2.2.5. Maßnahmen pro Fall – Kosten pro Maßnahme	18
2.2.6. Einhaltung der Ausgaben bis 2012.....	19
2.2.7. Kennzahlen	21
2.2.8. Sollkosten	22
2.3. Zusammenfassende Beurteilung von Projektvorschlag, Bedarf und Sollkosten.....	24
2.4. Finanzierung.....	25
2.5. Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften	25
3. Stellungnahme	26

Abkürzungsverzeichnis

Abs	Absatz
gem	gemäß
GO-StRH	Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof
StRH	Stadtrechnungshof

1. Gegenstand und Umfang der Prüfung

1.1. Auftrag und Überblick

Die **Prüfung** betreffend das Projekt

Sozialraumorientierung - Durchführung eines dreijährigen Pilotprojektes „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“

ist eine **Prüfung gemäß § 6 Abs 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof** der Stadt Graz (in der Folge: GO-StRH) und ist **eine auf Grund eines Prüfantrages des zuständigen Stadtrates** für Kinder, Jugend, Familie und Sport, Detlev Eisel-Eiselsberg, **veranlasste Prüfung**. Der **Prüfungsantrag** seitens des Stadtrates wurde **im November 2008** gestellt.

Es handelt sich dabei um eine sogenannte **„Projektkontrolle“** gem § 6 Abs 1 der GO-StRH. Der **Organbeschluss** durch den Gemeinderat erfolgte am **24. September 2009**. Der **Stadtrechnungshof** hat aus terminlichen Gründen (Kapazitätsengpässe) **vorab** eine grundsätzlich **positive Kurzstellungnahme** am 1. Juli 2009 per E – Mail **abgegeben**. Der Stadtrechnungshof erlaubt sich nun die **Stellungnahme nachzureichen**.

Gemäß § 6 Abs 1 GO-StRH sind für die **Projektkontrolle** unter anderem **folgende Prüfungsziele vorgegeben**:

1. Prüfung des Projektes auf **Erforderlichkeit und Umfang** (Bedarfsprüfung).
2. **Prüfung der Sollkosten und Folgekosten**.
3. **Prüfung der voraussichtlichen Finanzierung** (im Sinne von Präsidialerlass Nr. 17/2002).

Der Stadtrechnungshof hat dabei das Projekt im Sinne der in § 2 Abs 2 GO-StRH festgelegten Grundsätze auf

1. **rechnerische Richtigkeit**;
2. **Übereinstimmung mit** den bestehenden **Gesetzen, Verordnungen** und sonstigen **Vorschriften** sowie
3. **Einhaltung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit** und **Zweckmäßigkeit**

zu **prüfen** und **binnen drei Monaten** dem/der zuständigen Stadtsenatsreferenten/in zu **berichten**.

Die Prüfung wurde seitens des Stadtrechnungshofsdirektors **zwischen November 2008 und Februar 2010** (mit Unterbrechungen) **durchgeführt**.

1.2. Vorgelegte Unterlagen

- Unterlage des Amtes für Jugend und Familie: **Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets** - Fachlich-konzeptionelle, organisatorisch-strukturelle und budgetäre Grundlagen (Grundlagenkonzept) - Mai 2009
- **Vertrag der Stadt Graz mit dem Land Steiermark zur Durchführung des dreijährigen Pilotprojektes** „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ vom 24. September 2009
- **Vertrag der Stadt Graz mit dem Land Steiermark zur Finanzierung des dreijährigen Pilotprojektes** „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ vom 24. September 2009
- Schriftverkehr mit dem Amt für Jugend und Familie
- Daten des Amtes für Jugend und Familie („Cognos-Datenbank“)

1.3. Durchgeführte Besprechungen

Mündliche Auskünfte wurden uns insbesondere von folgenden Personen erteilt:

Mag. Martina Koch-Uitz, als

Referatsleiterin des Fachbereiches für Jugendwohlfahrt/
Recht (A6 – Amt für Jugend und Familie)

Franziska Feichtinger, als

Leiterin des Budgetreferates
(A6 – Amt für Jugend und Familie)

Sonja Punkenhofer, als

Mitarbeiterin des Referates für Controlling und
Reporting (A6 – Amt für Jugend und Familie)

Der **Entwurf** wurde dem Fachamt am **3. Dezember 2009** übermittelt. Die **erhaltene Stellungnahmen vom Fachamt datiert mit 28. Dezember 2009 und 3. Februar 2010** wurde in den **vorliegenden Endbericht eingearbeitet**. Eine formelle **Schlussbesprechung** wurde **nicht** abgehalten.

2. Berichtsteil

2.1. Erforderlichkeit des Projektes (Bedarfsprüfung)

2.1.1. Das Projekt im Überblick

Gegenstand des Projektantrages ist die Durchführung eines **dreijährigen Pilotprojektes** „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“.

Eine **Projektkontrolle** nach § 6 der GO-STRH ist erforderlich, weil durch die Beschlussfassung durch den Gemeinderat eine **mehnjährige Mittelbindung**, die den einschlägigen Grenzwert von derzeit rd 1,7 Mio EUR übersteigt, bewirkt wird.

(a) Projektziel

Mit dem Projekt wird **beabsichtigt**, den in den vergangenen Jahren zu verzeichnen gewesenen **Steigerungstrend im Jugendwohlfahrtsdefizit abzuflachen**, indem man den Anspruchsberechtigten (Jugendlichen und Familien) **besser geeignete („passgenaue“) Hilfen** zuteil werden lässt, die **im Idealfall effektiv wirken und kostengünstiger** sind, als es die bisher gebräuchlichen Maßnahmen waren.

(b) Mittel zur Erreichung des Projektzieles

Das **Ziel soll erreicht** werden, **indem** den ausführenden Organisationen („freien Trägern“ der Jugendwohlfahrt) **Anreize** gegeben werden, bei der **Wahl der Methoden** („Hilfen“) **effektiver** (billiger, zeitlich kürzer, präventiv wirksamer) vorzugehen. Wesentlich dazu beitragen soll als Instrumentarium ein **System der „Pauschalfinanzierung“** in **räumlich abgegrenzten Verantwortungsbereichen („Sozialräumen“)**, welches die fachlich-inhaltliche Ausrichtung unterstützt.

(c) Kernfragen der Prüfung

Der **Stadtrechnungshof** hat daher zu fragen und zu beurteilen:

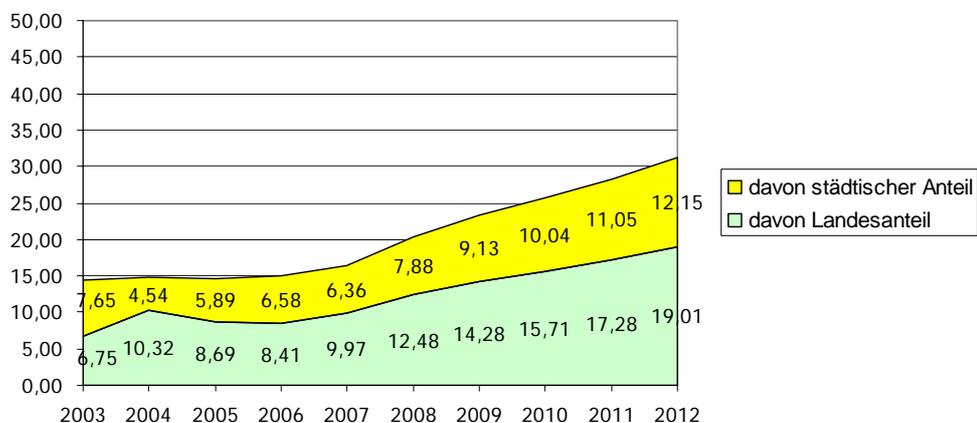
- (1) Ist es wahrscheinlich, dass durch die geplante Neuorganisation der Jugendwohlfahrtsarbeit eine Verringerung der jährlichen Defizitsteigerungen eintreten wird?
- (2) Wird durch die konkret vorgeschlagenen neuen Regelungen und durch die flankierenden Maßnahmen (etwa: Monitoring, Controlling, Abrechnung) das erhoffte Ziel begünstigt?

Dazu nimmt der Stadtrechnungshof in der Folge Stellung.

2.1.2. Defizitentwicklung in der Jugendwohlfahrt in Graz

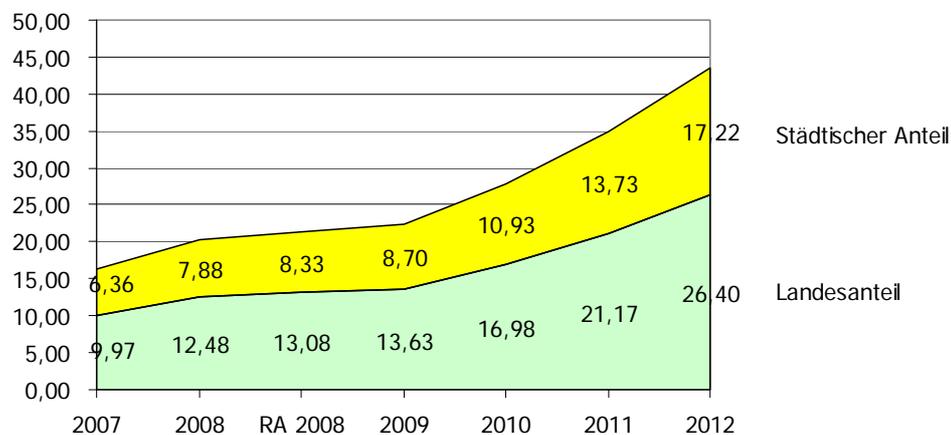
Projektstreiber ist die **jährlich zu verzeichnende Steigerung bei den Jugendwohlfahrtsausgaben (Defizit)**. Dieses entwickelte sich in der Vergangenheit wie folgt und wurde im Rahmen der Budgetverhandlungen für 2009 für die **mittlere Zukunft wie folgt prognostiziert**:

Entwicklung der Jugendwohlfahrtsausgaben in Mio EUR (ab 2009: Prognostizierte Entwicklung)

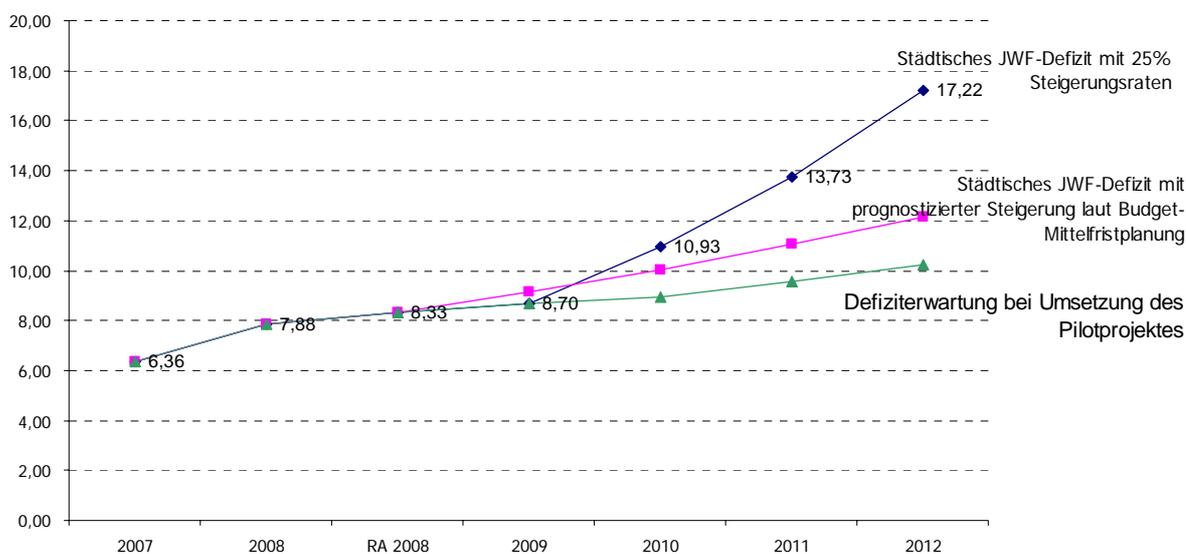


Im Rahmen unserer **Projektkontrolle** wurden uns **weitere Prognoserechnungen** vorgelegt, die auf der Prämisse eines **25%igen Steigerungstrends in den kommenden Jahren** beruhen:

Entwicklung der Jugendwohlfahrtsausgaben in Mio EUR (ab 2009: Prognostizierte Entwicklung mit jährlichen Steigerungen von 25%)



Durch die Umsetzung des Pilotprojektes „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ **erwarten sich die Verantwortlichen des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Graz eine Abflachung des Steigerungstrends**; nachfolgende Grafik zeigt die **Verläufe des städtischen Anteils am Grazer Jugendwohlfahrtsdefizit in den verschiedenen Szenarien** (in Mio EUR):



Quelle: Datei „JWF Budget 20 2 09 Trägerbudget u Hochrechnung“ per E-Mail übermittelt von Feichtinger Franziska am 20. Februar 2009

Anmerkung: In den **im Mai 2009 vorgelegten Unterlagen** des Jugendamtes („Grundlagen für Stadt-Land-Vertrag 18 5 09 Endfassung“) werden **geringfügig von den obigen Zahlen abweichende Angaben** gemacht; die generellen Trends stimmen mit früheren Versionen überein.

2.1.3. Wesentliche Unterschiede zwischen dem bestehenden Modell und den Mechanismen im Pilotprojekt

Es folgt (auszugsweise) eine Zitierung der Darstellungen des Jugendamtes:

„Im derzeitigen Hilfesystem der Jugendwohlfahrt bestimmt das vorhandene Angebot an Hilfen, welche Maßnahme („Lösung“) der/die Hilfesuchende erhält. Dieser Grundsatz wird mit dem hier beschriebenen Projekt umgekehrt. Im Fachkonzept Sozialraumorientierung gilt, dass das Hilfesystem den Bedarf der KlientInnen folgen muss und nicht umgekehrt die KlientInnen der Logik des Hilfesystems. Die im Hilfesystem vorhandenen Maßnahmen müssen flexibel auf die

Bedarfe der Betroffenen angepasst werden, so dass die von den Betroffenen benötigten und ihnen gesetzlich zustehenden Hilfen passgenau – speziell auf den Einzelfall zugeschnitten – erbracht werden."

Derzeitiges Verfahren:

Entsprechend dem Jugendwohlfahrtsgesetz wird ein Leistungsbedarf festgestellt, der von den am Hilfeplanverfahren beteiligten ProfessionalistInnen eingeschätzt und diagnostiziert wird. Auf dieser Grundlage übernimmt die öffentliche Hand die Finanzierung des „Falls“. Dies bedeutet:

1. Die öffentliche Hand finanziert genau das, was verhindert werden soll – nämlich die Entstehung und Bearbeitung von „Fällen“.
2. Es gibt keinerlei Steuerungsmöglichkeit bezüglich Fallmenge und Falldauer.

Zudem fließt das Jugendwohlfahrtsbudget vornehmlich in die Bearbeitung bereits bestehender Fälle, ohne dass Prävention und frühzeitige Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen entsprechend berücksichtigt werden. Dies führt zu fachlich falschen Entscheidungen und nicht vertretbaren Mehrausgaben. Es kommt zu regelmäßigen Kostensteigerungen und einem wachsenden Markt an Leistungserbringern, die von „Fällen“ leben.

Die Alternative:

Die Leistungserbringer (freie Träger, die derzeit pro „anfallenden Fall“ finanziert werden) erhalten jährlich ein fixes Budget, mit dem sie möglichst alle in einem bestimmten Gebiet (Sozialraum) entstehenden Jugendwohlfahrtsaufgaben bearbeiten müssen. Daraus ergibt sich folgendes:

1. Da der Träger nicht verbrauchtes „Fallgeld“ für Vorfeldmaßnahmen im Sozialraum einsetzen kann, besteht der Anreiz, das Budget nicht nur einzuhalten, sondern es nach Möglichkeit zu unterschreiten. Um das zu erreichen, wird
2. der Träger zum einen die Bearbeitungszeit der Fälle straffen und zum anderen möglichst frühzeitig Maßnahmen zur Verhinderung von Fällen ergreifen wollen – selbstverständlich unter Einhaltung der vorgegeben fachlichen Standards.
3. Dazu wird der Träger seine bisher „starren“ vorgehaltenen Angebote flexibilisieren und sie passgenau (wie einen „Maßanzug“) auf die jeweiligen Ziele der KlientInnen abstimmen.

Die Steuerung vom bisherigen Verfahren hin zur oben beschriebenen alternativen Vorgehensweise erfolgt über eine Veränderung der Finanzierungsformen. Statt der bisherigen Fallfinanzierung gibt es künftig eine Budgetfinanzierung im Sinne von fixen „Globalbudgets“, die Trägern Planungssicherheit, Flexibilität und stärkere Autonomie bei der Fallbearbeitung ermöglichen.

2.1.4. **Ökonomische Gründe für die Defizitentwicklung**

Wie oben auszugsweise dargestellt, besteht in ökonomischer Sichtweise bei den Leistungen der Jugendwohlfahrt das bekannte Problem, dass die **Inanspruchnahme öffentlicher Güter** (Leistungen der gesetzlichen Jugendwohlfahrt) **nicht über den Marktmechanismus** erfolgt, und

daher das **Kalkül, wonach genau jene Menge nachgefragt und jener Preis bezahlt wird, der dem Grenznutzen des Konsumenten entspricht, nicht zur Anwendung** kommt. Die Leistungen der Jugendwohlfahrt werden nicht von den Personen finanziert, die die Leistungen in Anspruch nehmen – es kommt zur **Umverteilung von Steuermitteln**.

Der **Staat**, der diese öffentlichen Güter bereitstellt, versucht – wegen des immanenten Marktversagens – ersatzweise **Prozesse zu entwickeln**, die einen **möglichst sparsamen Einsatz der öffentlichen Güter gewährleisten**. Dazu werden im **konkreten Fall der Jugendwohlfahrtsleistungen**

- **Indikatoren**, die einen Leistungsbedarf nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz – und somit einen Rechtsanspruch des Kindes bzw des Jugendlichen auslösen, sowie
- **Regeln für die Verordnung von Maßnahmen** (Hilfeleistungen) und deren Finanzierung festgelegt.

Die **traditionelle, und derzeit geltende Lösung** besteht darin, im Falle eines erkannten Bedarfes **aus einem Katalog jene Maßnahmen auszuwählen, die fachlich optimal** geeignet erscheinen. (Diese Entscheidungen treffen ExpertInnen der Bezirksverwaltungsbehörde. Infolge kann dann ein freier Träger der Jugendwohlfahrt mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt werden.)

Die **Budgetdefizite** ergeben sich als **Summe der abgerechneten Maßnahmen** in einer Periode und **erhöhen** sich, wenn

- die **Zahl der Anspruchsberechtigten** steigt,
- die **Zahl der abgerechneten Maßnahmen** steigt,
- die **abrechenbaren Kosten pro Maßnahme** („Preise der Dienstleistungen“) steigen.

Ökonomische Gründe, die eine **Ausweitung der resultierenden Budgetdefizite** bei diesen öffentlichen Gütern und Leistungen **nahe legen** sind (demonstrativ aufgezählt):

- Die **generelle soziale Entwicklung** könnte im bestehenden Indikationensystem eine **Erhöhung der Zahl der Anspruchsberechtigten** bewirken,
- Eine **zunehmende gesellschaftliche Sensibilisierung** für Probleme vermag den **Druck auf den Staat** erhöhen, **zusätzliche Indikationen** für soziale Leistungen zu schaffen, wodurch sich die **Zahl der Anspruchsberechtigten erhöht**,

- **Personen, die bereits im System als anspruchsberechtigt** identifiziert sind, **fragen zusätzliche Leistungen nach** oder beanspruchen eine **Fortdauer der Maßnahmenleistung**,
- **Helfer und ExpertInnen** gewähren/**verordnen soziale Leistungen in zunehmend wachsendem Ausmaß**, um das **Misserfolgsrisiko** zu verringern und das **eigene Einkommen abzusichern**,
- Durch den **zunehmenden Bedarf an Leistungen** entsteht eine **Knappheit an (persönlichen und sachlichen) Ressourcen** und in der Folge ein **Preisdruck**, der die **Stückkosten der Leistungen verteuert**.
- Der **zunehmende Bedarf an Ressourcen** – zB an SozialarbeiterInnen – lässt einen **neuen Ausbildungsmarkt** entstehen, der Fachkräfte hervor bringt. Hier entsteht wiederum **Druck, für diese auch Beschäftigung bereit zu stellen**.
- Leistungen der Jugendwohlfahrt setzen in der **traditionellen Methodik** am bestehenden Problemfall an – es besteht die Vermutung, dass durch präventive Maßnahmen der künftige Interventionsbedarf verringert werden kann. Das **bestehende System gibt jedoch budgetär wenig Spielraum für präventive Maßnahmen**, sondern ist **an der Abrechnung von erbrachten Leistungen/Maßnahmen orientiert**.

Es besteht aus den genannten theoretischen Überlegungen **Grund zur Vermutung, dass die Steigerungen der öffentlichen Jugendwohlfahrtsausgaben systemimmanent** sind.

Aus Befragungen von Fachexperten im Rahmen der Prüfung haben wir Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die vorstehenden theoretischen Überlegungen auch empirisch belegbar sind.

Die **gesamtgesellschaftliche Entwicklung** stellt nur einen von vielen möglichen Gründen dar, die das **Wachsen der Defizite** für diese öffentlichen Leistungen **begünstigen**.

2.1.5. Handlungsspielraum der Stadt Graz zur Reduktion der Defizitentwicklung

Die **gesamtgesellschaftliche soziale Lage** und die **möglichen Ursachen für eine Steigerung der Indikationen** für Jugendwohlfahrtsleistungen sind für die Bezirksverwaltungsbehörde (Stadt Graz) **kurzfristig nicht beeinflussbar** – daher eine **exogene Variable** – und sind darüber hinaus trotz wissenschaftlicher Forschung nicht so eindeutig bestimmbar, als dass eindeutige Wirkungszusammenhänge zwischen gesamtgesellschaftlicher sozialer Lage und Jugendwohlfahrtsbudgets herstellbar wären.

Der **Handlungsspielraum der Stadt Graz** ist daher unseres Erachtens auf folgende Aktionen eingeschränkt:

- **Einwirken auf die übergeordneten Gebietskörperschaften** mit dem Ziel, Leistungsansprüche, Indikationen und Kosten der Maßnahmen einzudämmen und die Systemmechanismen zu beeinflussen,
- **insbesondere darauf zu drängen, dass übergeordnete Gebietskörperschaften die Finanzierung von Präventivmaßnahmen stimulieren,**
- **Einwirken auf die ausführenden Organe** in der Stadt Graz (Amt für Jugend und Familie) bzw der ausführenden Helfer-Organisationen (Träger).

Mit dem **vorgestellten Pilotprojekt** werden **Maßnahmen in diesen möglichen Aktionsfeldern** vorgeschlagen.

Die Stadt Graz versucht im Rahmen des Projektes „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ bilateral **Effektivitätsverbesserungen** herzustellen, und zwar

- im **Verhältnis zum Land Steiermark**: Entkoppelung der Zuschüsse des Landes von der bisherigen ausschließlich maßnahmenbezogenen Abrechnungslogik,
- im **Verhältnis zu den ausführenden Organen** („Trägern“ und ExpertInnen): durch Vereinbarung.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Zusammenhänge und der dargestellten Defizitentwicklung sind die Maßnahmen des Pilotprojektes zu befürworten – die **Erforderlichkeit des Projektes halten wir für gegeben.**

2.2. Konkrete Ausgestaltung des Projektes

2.2.1. Verteilung des Defizits auf Maßnahmengruppen

Das **Bruttodefizit aus Jugendwohlfahrtsausgaben** in Graz setzte sich – in den dargestellten Jahren – nach den **drei Hauptgruppen möglicher Maßnahmen** wie folgt zusammen:

	2003 Mio EUR	2003 in %	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2008 in %
Kosten Volle Erziehung („V“)	9,4	65%	9,2	9,5	11,6	54%
Kosten Unterstützung der Erziehung („U“)	4,7	33%	5,5	6,5	9,4	44%
Kosten Sonstige	0,3	2%	0,3	0,3	0,4	2%
Bruttogesamtkosten	14,4	100%	15,0	16,3	21,4	100%

Aussage: Die teuerste Maßnahmengruppe ist die so genannte „Volle Erziehung“, bei der Minderjährige in stationären Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und bei Pflegeeltern untergebracht werden. Die **Kosten von Maßnahmen der „Unterstützung** der Erziehung“ nehmen im **Betrachtungszeitraum stark zu** (Verdoppelung des Defizits zwischen 2003 und 2008), wodurch der relative Anteil der Vollen Erziehung am Gesamtdefizit abnimmt (2008 entfällt das Gesamtdefizit zu 54% auf die Volle Erziehung).

Schlussfolgerungen:

- Durch **zunehmende „Investitionen“ in (kostenseitig niederschwellige) Unterstützungsmaßnahmen** wird versucht, einer möglichen Zunahme der kostenintensiven vollen Erziehung entgegen zu wirken.
- Ob die nur mäßige Zunahme der Kosten für die „Volle Erziehung“ auf die Wirkungen der aufgezeigten Mehrausgaben im Bereich der „Unterstützung der Erziehung“ zurück zu führen ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden.
- Es **liegt aber die Vermutung nahe, dass niederschwellige Maßnahmen („U“) helfen können, die Kosten und Fallzahlen der „Vollen Erziehung“ langfristig gering zu halten.**

2.2.2. Betroffene Familien, Minderjährige und erbrachte Leistungen

Die Anzahl der **betroffenen Familien**, die **Anzahl der betreuten Minderjährigen** sowie die **Anzahl der erbrachten Leistungen** setzen sich über die Jahre 2003 bis 2008 wie folgt zusammen (Quelle: Cognosdatenbank):

	Anzahl der Familien	Anzahl der Minderjährigen	aus dem Vorjahr übernommene Minderjährige	Calc. Abgang bzgl Vorjahr	Minderjährige pro Familie	Anzahl der Leistungen	Anzahl der Leistungen pro Minderjährigem
2008	2910	4048	2789	662	1,39	6214	1,54
2007	2520	3451	2346	644	1,37	5327	1,54
2006	2198	2990	-		1,36	4297	1,44
2003	1833	2491			1,36	3567	1,43

Die oben angeführte Tabelle zeigt, dass die **Anzahl der betroffenen Familien**, die **Anzahl der betreuten Minderjährigen** sowie die **Anzahl der erbrachten Leistungen** über die Jahre **steigen**, jedoch die **Anzahl der Leistungen pro Minderjährigen und Jahr annähernd konstant bleiben**. Zu den angeführten Kennzahlen ist anzumerken, dass **alle „Cognosdaten“ berücksichtigt** wurden, **unabhängig davon ob sie Kosten oder keine Kosten** (Durchlaufposten) für die Stadt Graz verursacht haben.

Eine vertiefte Auswertung in Bezug auf die Art der Leistung zeigt folgendes Bild:

	Art der Leistung	Anzahl der Minderjährigen je Leistungsart	Anzahl der Leistungen	Anzahl der Leistungen pro Minderjährigem
2008	S	618	664	1,07
	U	3068	4677	1,52
	V	747	873	1,17
	Summe	4433	6214	1,40
2007	S	606	639	1,05
	U	2536	3815	1,50
	V	717	873	1,22
	Summe	3859	5327	1,38
2006	S	521	552	1,06
	U	2071	2895	1,40
	V	708	850	1,20
	Summe	3300	4297	1,30
2003	S	837	935	1,12
	U	1326	1834	1,38
	V	686	798	1,16
	Summe	2849	3567	1,25

Die vorhin dargestellte Statistik divergiert geringfügig zu anderen, vom Amt für Jugend und Familie durchgeführten Abfragen auf Grund der unterschiedlich gesetzten Parameter.

Die Leistungen gliedern sich in **soziale Dienste (S)**, in die **Unterstützung der Erziehung (U)** und in die **Volle Erziehung (V)**. Anzumerken ist, dass **die sozialen Dienste** im Kapitel 2.2. unter „Kosten Sonstige“ angeführt sind und **betraglich eine untergeordnete Rolle spielen**.

Bezüglich der **Anzahl der Minderjährigen je Leistungsart** ist festzuhalten, dass bei den **kostenintensiven Leistungsarten (U und V)** die **Anzahl der erbrachten Leistungen über die Jahre steigt**, jedoch die **Anzahl der Leistungen pro Minderjährigem je Rechnungsjahr annähernd konstant bleibt**.

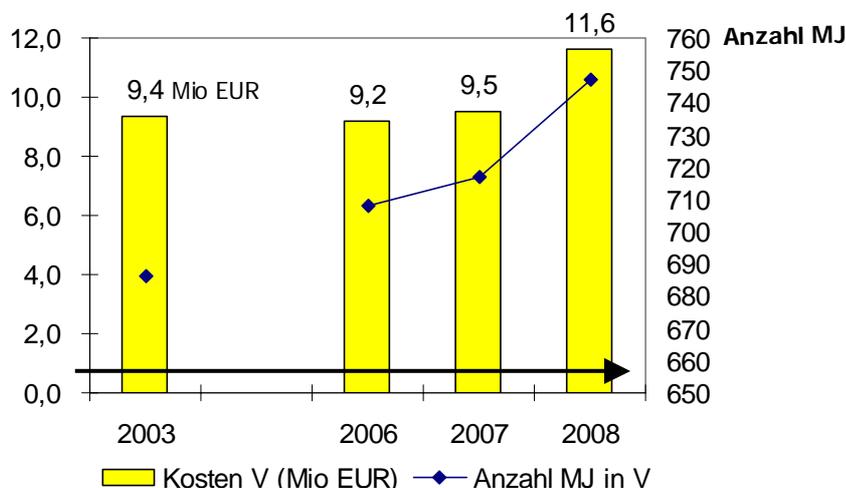
Schlussfolgerungen:

- Es liegt die **Vermutung nahe**, dass die **Steigerungen der Defizite ursächlich auf die größere Anzahl der betroffenen Minderjährigen zurück zu führen sind**, und **nicht auf die Zunahme der „Schwere“ der Fälle**.
- Die Vermutung, dass es im Zeitablauf verstärkt zu **Mehrfachmaßnahmen pro Minderjährigem** kommt, wird **nicht erhärtet** – wohl aber kommt es zu einer **leichten Zunahme der Maßnahmen pro Fall** (zuletzt 1,52 U-Maßnahmen im Jahr 2008).
- Weiter unten wird die **Dynamik der Kosten pro Fall** untersucht.

2.2.3. Kosten und Fallzahlen in der Vollen Erziehung

Die im Anteil am Gesamtdefizit **kostenintensivste Maßnahmengruppe der „Vollen Erziehung“ entwickelte sich** im Zeitablauf 2003 bis 2008 wie folgt:

**Die Zahl der Minderjährigen nahm um 9% zu -
die Kosten der Vollen Erziehung um +24%**



Bei den oben **dargestellten Kosten** (siehe Grafik) handelt es sich um **Rechnungsabschlussdaten**. Zur **Darstellung der Minderjährigen** ist anzumerken, dass **alle Minderjährigen berücksichtigt** wurden (Cognosdatenbank), **unabhängig davon ob deren Betreuung Kosten oder keine Kosten** (Durchlaufposten) **für die Stadt Graz verursacht hat**. Die Zahl der Minderjährigen, die in „Voller Erziehung“ untergebracht sind, hat im Lauf der Jahre 2003 bis 2008 nur leicht (+9%) zugenommen. Offensichtlich haben die **Unterbringungskosten** im Zeitablauf überproportional zugenommen (siehe gleich unten).

Die „Volle Erziehung“ umfasst insbesondere die Unterbringung in **stationären Einrichtungen**, das **sozialpädagogische Einzelwohnen** und die **Pflegeeltern- und Verwandtenpflege**.

Eine **grobe Kostenanalyse** über die Jahre 2006 bis 2008 zeigt **nachfolgendes Bild**:

	Soll 2006		Soll 2007		Soll 2008		Differenz zw. 2008 u. 2006	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Unterbringung in stationären Einrichtungen	5.417.128,05	58,97	5.641.257,05	59,35	6.571.864,78	56,44	1.154.736,73	21,32
Pflegeeltern, Verwandtenpflege	2.107.918,22	22,95	2.046.372,70	21,53	2.523.979,37	21,68	416.061,15	19,74
Sozialpädagogisches Einzelwohnen	802.255,34	8,73	760.738,01	8,00	879.873,61	7,56	77.618,27	9,68
Sonstige Kosten	859.167,27	9,35	1.056.593,34	11,12	1.667.863,98	14,32	808.696,71	94,13
Summe	9.186.468,88	100,00	9.504.961,10	100,00	11.643.581,74	100,00	2.457.112,86	26,75

Die vorhin dargestellte Tabelle zeigt, dass **die Ausgaben** der einzelnen Unterbringungsmöglichkeiten **über die Jahre geringfügig steigen**, jedoch das **Verhältnis der Ausgaben** der einzelnen Unterbringungsmöglichkeiten **über die Jahre sich kaum verändert**. Die **größten prozentuellen Abweichungen** sind bei den **sonstigen Kosten** (Brillen, Zahnregulierungen, Bekleidung etc.)“ **ersichtlich**.

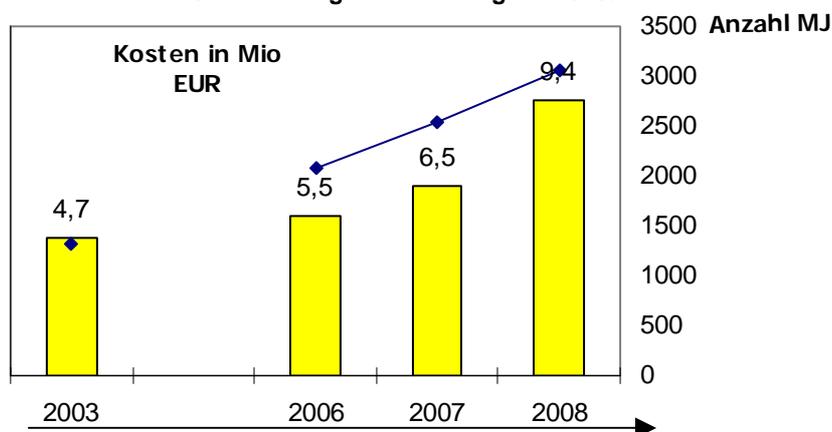
Die **Steigerung bei den Unterbringungskosten** ist – von Valorisierungen abgesehen – auch **dadurch bedingt, dass die Schwere der Fälle** – in Form von Mehrfachproblemlagen – tendenziell zugenommen hat, und daher in Einzelfällen sehr **kostspielige Unterbringungsplätze** gefunden und finanziert werden müssen.

Die Kostenentwicklung bzw. **die Kostenerhöhung** von EUR 9.186.468,88 auf EUR 11.643.581,74 über die Jahre 2006 bis 2008 **ist im Vergleich zur Unterstützung der Erziehung relativ gering** (siehe dazu nachfolgendes Kapitel).

2.2.4. Kosten und Fallzahlen in der Unterstützung der Erziehung

Neben der „Vollen Erziehung“ gibt es eine **zweite kostenintensive Maßnahmengruppe** die **„Unterstützung der Erziehung“** die sich im **Zeitablauf 2003 bis 2008** wie folgt entwickelte:

**Die Zahl der Minderjährigen nahm um 131% zu -
die Kosten der Unterstützung der Erziehung um 101%**



Bei den vorhin **dargestellten Kosten** (siehe Grafik) handelt es sich um **Rechnungsabschlussdaten**. Zur **Darstellung der Minderjährigen** ist anzumerken, dass **alle Minderjährige berücksichtigt** wurden (Cognosdatenbank), **unabhängig davon ob deren Betreuung Kosten oder keine Kosten** (Durchlaufposten) **für die Stadt Graz verursacht hat**. Die Zahl der Minderjährigen, die eine Unterstützung der Erziehung in Anspruch nahmen, hat um 131 % zugenommen. Die Kosten der Unterstützung der Erziehung sind hingegen um 101% gestiegen. Ein Grund für die **unterproportional gestiegenen Kosten** im **Vergleich zur gestiegenen Anzahl an Minderjährigen** dürfte auf eine **geringere Dauer der Behandlung** bzw. auf die Verordnung von **weniger kostenintensiven Maßnahmen** zurückzuführen sein.

Die Unterstützung der Erziehung samt Sonderkosten umfasst insbesondere die Beratung der Erziehungsberechtigten und des Minderjährigen durch Fachkräfte, **die Förderung der Erziehungskraft der Familie** (besonders auch der gewaltlosen Erziehung), die Förderung der Entwicklung des Minderjährigen durch die **Unterbringung in Erholungseinrichtungen, Hilfen der beruflichen Aus- und Fortbildung**, die Gewährung **therapeutischer Maßnahmen, Frühförderung, sozialpädagogische Familienbetreuung, begleitende Betreuung** außerhalb der Familie sowie die Betreuung durch **Tagesmütter** im Sinne des Kinderbetreuungsgesetzes.

Bei **Hilfen der beruflichen Aus- und Fortbildung** handelt es sich um eine Unterstützungsmaßnahme, die mit EUR 14.600,-- für berufliche Ausbildung oder Schulkosten budgetiert ist.

Bei **Unterbringung in Erholungseinrichtungen** sind Kosten für die Unterbringung in Tagesheimen, Kindergärten, Nachmittagsbetreuung und nur in Ausnahmefällen Kosten für Kindererholung erfasst.

Die **Unterstützung der Erziehung** umfasst auch die **Betreuung des Minderjährigen nach der Entlassung aus der „Vollen Erziehung“**.

Die **Kostenentwicklung einzelner Maßnahmengruppen** innerhalb der **Kategorie „U“** über die Jahre 2006 bis 2008 zeigt nachfolgendes Bild:

	Soll 2006		Soll 2007		Soll 2008		Differenz zw. 2008 u. 2006	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Begleitende Betreuung	2.869.928,33	52,41	3.674.405,55	56,62	5.576.134,14	59,26	2.706.205,81	94,30
Sozialpädagogische Familienbetreuung	931.878,58	17,02	941.604,09	14,51	1.310.915,98	13,93	379.037,40	40,67
Mobile Frühförderung	606.157,98	11,07	592.915,16	9,14	778.649,35	8,27	172.491,37	28,46
Therapien Einzelpersonen	427.648,24	7,81	531.901,16	8,20	734.005,00	7,80	306.356,76	71,64
Unterbringung in Erholungseinrichtungen	238.041,66	4,35	306.520,30	4,72	471.248,54	5,01	233.206,88	97,97
Tagesmütter	170.862,35	3,12	236.960,48	3,65	317.480,93	3,37	146.618,58	85,81
Sonstige Kosten	231.709,20	4,23	205.838,85	3,17	221.961,72	2,36	-9.747,48	-4,21
Summe	5.476.226,34	100,00	6.490.145,59	28,88	9.410.395,66	100,00	3.934.169,32	71,84

Die oben dargestellte Tabelle zeigt, dass **die Ausgaben** der einzelnen Unterstützungen auf Grund der Zunahme an betroffenen Minderjährigen **über die Jahre steigen**, jedoch das **Verhältnis der Ausgaben** der einzelnen Unterstützungen **über die Jahre sich kaum verändert**. Die Kostenentwicklung bzw. **die Kostenerhöhung** von EUR 5.476.226,34 auf EUR 9.410.395,66 über die Jahre 2006 bis 2008 **ist im Vergleich zur Vollen Erziehung relativ hoch** (siehe vorheriges Kapitel).

Die **Ausweitung der Maßnahmen**, betreuten Personen und Kosten in der Unterstützung **muss nicht unbedingt negativ** sein, weil es sich hier um die – relativ – „niederschwelligeren“ („billigeren“, bezogen auf Kosten pro Person) Maßnahmen handelt.

Der **Erfolg/Misserfolg des Pilotprojektes** wird wohl unter anderem danach zu beurteilen sein, **ob es gelingt**,

- durch **Einsatz der U-Maßnahmen die V-Maßnahmen weiter zu verringern** (relativ oder absolut),
- die **Kosten der U-Maßnahmen pro Person/Fall noch weiter zu verringern**, indem es gelingt, **Maßnahmen effektiver und kürzer einzusetzen** oder DienstleisterInnen zu finden, die Maßnahmen effektiver und kürzer einsetzen können.

2.2.5. Maßnahmen pro Fall – Kosten pro Maßnahme

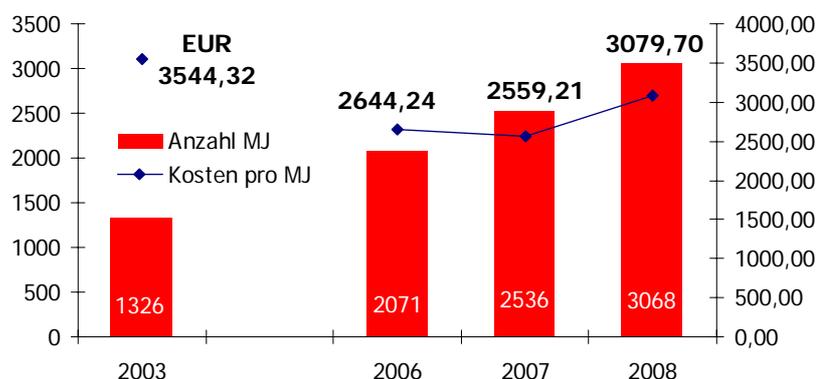
Die **nachstehende Grafik** wurde aus COGNOS gewonnen – sie zeigt, dass **im Zeitablauf sowohl die Zahl der Betreuten**, als auch die **verordneten Unterstützungsmaßnahmen** pro Betreutem – letztere aber nur geringfügig - zugenommen haben. So haben 2007 und 2008 die Anzahlen der Betreuten um jährlich rd 20% zugenommen.

Unterstützungsmaßnahmen der Erziehung (U)
Steigende Zahl der Betreuten - steigende Zahl der Hilfen pro Fall



Nachfolgende Grafik gibt **Aufschluss über die steigenden Kosten pro verordneter Maßnahme**:

Unterstützungsmaßnahmen der Erziehung (U)
Steigende Zahl der Betreuten - steigende Kosten pro Fall und Jahr



Die **steigenden Kosten pro Fall für das 2008** sind unter anderem in einer wesentlichen **Erhöhung der Sätze für die Sozialbetreuung** (fast verdoppelt) im Oktober 2008 begründet. Weitere Einflussgrößen sind die **Dauer**, die **Häufigkeit** und die **Einheitskosten** der verordneten

Maßnahmen im Jahr 2008. Weiters sind im Betrachtungszeitraum die **angeordneten Hilfen in der Sozial- und Lernbetreuung** stark gestiegen.

Fazit:

Die eingangs des Berichtes **angestellten theoretischen Überlegungen** zu den **Ursachen der Steigerungsdynamik** der Jugendwohlfahrtsbudgets werden durch die **durchgeführten empirischen Analysen erhärtet**.

Auch wenn **einzuräumen** ist, dass die jeweiligen **Einzelfälle nur tendenziell in ein verallgemeinerbares Muster zu interpretieren** sind, wird **doch erkennbar**, dass

- es eine erhebliche Zunahme der betreuten Personen,
- eine Tendenz zur Verteuerung der Maßnahmen pro Fall und der Verordnung von Maßnahmen

gibt, und dass daher das **bestehende maßnahmenbezogene Finanzierungsmodell** tendenziell die **Ausweitung der Ansprüche, Anspruchsberechtigten und der Verordnungen von Maßnahmen begünstigt**.

Im **Ergebnis** ist daher die Bemühung der städtischen Verantwortlichen um eine Systemänderung bei der Finanzierung der Jugendwohlfahrtsausgaben zu begrüßen, weil aus den genannten Gründen erwartet werden kann, dass das **System der Trägerbudgetierung zu einer kostengünstigeren Methodenwahl** führen kann.

2.2.6. Einhaltung der Ausgaben bis 2012

Bei der **geschätzten Ausgabenentwicklung für das dreijährige Pilotprojekt** handelt es sich **um eine Bekanntgabe des Fachamtes** basierend auf einer angenommenen Valorisierung von 3,4 % pa (ausgehend vom Rechnungsabschluss 2008) ab dem Jahr 2010. Diese **geschätzte Ausgabenentwicklung bildet die Grundlage für die Höhe des Sozialraumbudgets** über die Jahre 2010 bis 2012.

Das **neue Modell** setzt in erster Linie **am Willen** (= eigene Motivation für Veränderung) **der BürgerInnen** an. Aus dem **Willen entstehen** von den Betroffenen **formulierte Ziele**. Für die

Zielerreichung sollen unter anderen **lebensweltnahe Ressourcen**, wie z.B. Nachbarn, Freunde, Verwandte etc. **eingesetzt werden**.

Betreffend die Anfrage des Stadtrechnungshofes bezüglich der prognostizierten Einsparungen im Zusammenhang mit der Einhaltung des Sozialraumbudgets wurde vom Fachamt per 23. Juni 2009 wie folgt Stellung genommen:

*zu Punkt 1) darf ich mitteilen, dass die Einsparung bei einzelnen Leistungen nicht festgelegt werden kann, zumal es bei sozialräumlichem Arbeiten die Leistungen in dieser Form nicht mehr geben wird. Durch Nutzung von allgemeinen Sozialraumressourcen, Synergien, passgenaue Formen der Betreuung **erwarten wir uns vorrangig Einsparungen in der Unterstützung der Erziehung v.a. in der begleitenden Betreuung, in der sozialpädagogischen Familienförderung und in der mobilen Frühförderung.*** (Hervorhebung StRH)

*In zweiter Linie soll es auch Einsparungen in der vollen Erziehung – bei der Unterbringung in stationären Einrichtungen – geben, wobei davon auszugehen ist, dass diese nicht im ersten Jahr greifen wird. **Es bedarf eines eigenen Projekts um die volle Erziehung gemeinsam mit den privaten Anbietern sozialräumlich sinnvoll und einander ergänzend aufzustellen.*** Derzeit findet dazu die Projektvorbereitung statt. (Hervorhebung StRH)

Die Berechnung des Sozialraumbudgets erfolgte nicht aufgrund zu erwartender Einsparungen sondern aufgrund der beim Land vorliegenden steiermarkweiten Ausgaben im Jugendwohlfahrtsbereich und den dadurch prognostizierten Valorierungen. Durch die Umstellung auf Sozialraumarbeit soll es gelingen – trotz ‚Sonderstellung‘ aufgrund der urbanen Gegebenheiten, von den gegenüber der restlichen Steiermark stark wachsenden Ausgaben auf das durchschnittliche Wachstum der Ausgaben im Jugendwohlfahrtsbereich hinzukommen um nicht jedes Jahr einen Nachtrag beantragen zu müssen. Erfahrungen in dt. Städten zeigen, dass die Summe des Jugendwohlfahrtsbudgets bei sozialräuml. Arbeiten relativ konstant gehalten werden kann. Dies stellt auch für uns das budgetäre Ziel dar.

Aus der Sicht des Stadtrechnungshofes handelt es sich beim **Sozialraumbudget über die Jahre 2010 bis 2012** um eine **Annahme bzw. Vorgabe des Fachamtes** die mit Zahlen schwer belegbar ist. Die Begründung liegt darin, dass die **tatsächliche Anzahl der künftig betroffenen Minderjährigen, die Schwere der Fälle sowie die tatsächlich alternativ vorhandenen Ressourcen bezogen auf den Einzelfall nicht bekannt sind**.

Lt. Vertragsentwurf vom 18. Mai 2009 besteht bei **Überschreitung des Sozialraumbudgets** die Möglichkeit mit dem **Land Steiermark über die Kostentragung der Nachbedeckung zu verhandeln**. Aus der Sicht des Stadtrechnungshofes wäre es besser einen **fixen Kostentragungsschlüssel für eventuelle Mehrkosten mit den Land Steiermark zu vereinbaren**.

2.2.7. Kennzahlen

Der **Stadtrechnungshof** hat sich mit der **Auswertung von „Cognosdaten“** betreffend die Anzahl der betroffenen Minderjährigen, Art der erbrachten Leistung, Kosten etc. **beschäftigt. Ziel war es aussagekräftige Kennzahlen zu finden.**

Seitens des Stadtrechnungshofes wird festgestellt, dass **jeder Fall eine gewisse Einzigartigkeit aufweist** und die **schwere der Fälle in Abhängigkeit der entstehenden Kosten schwer zu bewerten sind** und auch nicht vom Fachamt bewertet wurden. Die **Bildung von aussagekräftigen Kennzahlen gestaltet sich dadurch als schwierig.**

Im **Grundlagenkonzept** „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ mit Stand Mai 2009 wird die wissenschaftliche Begleitung und die **Evaluierung** und das **Controlling** im neuen System **inhaltlich umrissen**. Die **dort angeführten Inhalte scheinen** dem Stadtrechnungshof als **plausibel**. Die **Segmente der künftigen sozialen Arbeit** betreffen die **fallspezifische Arbeit**, die **fallübergreifende Arbeit** und die **fallunspezifische Arbeit**, wobei die **fallübergreifenden** und **fallunspezifischen** (präventive Vorfeldarbeit) **Hilfen** letztlich **das Ziel haben, den Einzelfall zu unterstützen**. Für eine weitere Detaillierung bzw **für eine Überleitung zum alten System würde der Stadtrechnungshof**, soweit es das neue System zulässt, **eine Fallzuordnung** (einschließlich der Kosten und Dauer) zu den Bereichen „Volle Erziehung“ und „Unterstützung der Erziehung“ mit nachfolgender Gliederung **empfehlen**:

Volle Erziehung:

- Unterbringung in stationäre Einrichtungen
- Sozialpädagogisches Einzelwohnen
- Pflegeeltern Verwandtenpflege
- Sonstige Kosten

Lt. **Stellungnahme des Fachamtes ist eine Gliederung der Vollen Erziehung, wie empfohlen möglich**, und erfolgt auch (da es sich um eine Unterteilung entsprechend der klassischen DVO – Leistungen handelt).

Unterstützung der Erziehung:

- Begleitende Betreuung
- Sozialpädagogische Familienbetreuung
- Mobile Frühförderung
- Therapien (Einzelpersonen)
- Tagesmütter
- Sonstige Kosten

Lt. **Stellungnahme des Fachamtes ist bei der Unterstützung der Erziehung die Unterteilung in die empfohlenen Leistungen nur bedingt möglich**, nämlich nur dann, wenn als passgenaue eine klassische DVO-Leistung angesehen wird und diese bei einem zentralen Träger zugekauft wird.

Lt. **Meinung des Stadtrechnungshofes wären im Anlassfall kostenintensive „sonstige Kosten“ zuzüglich auszuweisen. Anzumerken ist**, dass die vorhin dargestellte **Gliederung bereits in den Kapiteln „2.2.2“ und „2.2.3.“** in Form einer Grobkostenanalyse (erstellt durch den Stadtrechnungshof) über die Jahre 2006 bis 2008 **Anwendung findet**.

2.2.8. Sollkosten

Im Grundlagenkonzept „Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“ ist ersichtlich, dass die Auftraggeber (Land Steiermark u. Stadt Graz) für **wissenschaftliche Begleitung, Fortbildung, und Evaluierung EUR 200.000,--** während der Projektdauer zur Verfügung stellen werden. Die **Kostentragung** für die vorhin genannten Arbeitspakete erfolgt zu **je 50% seitens des Landes Steiermark und der Stadt Graz**.

Zu den vorhin genannten **Sollkosten** in einem Ausmaß EUR 200.000,-- erhielt der Stadtrechnungshof vom Fachamt nachfolgende **Detailinformationen**:

	EUR	Berechnungsgrundlage
Wissenschaftliche Begleitung	63.000,00	2009-2012: 50 Tage x EUR 1.250,-- (Honorar, Hotel, Flug) = EUR 62.500,--
Fortbildung	103.000,00	Basisschulung 2009: 10 Tage/ 2 Trainer (Honorar, Hotel , Flug)= EUR 19.400,-- EUR 19.400,-- x 4 Sozialräume = EUR 77.600,-- Training an the job 2010 -2012: 1 Einheit (=2 Tage) pro Jahr und Sozialraum je Einheit EUR 2.100,--; 12 Einheiten zu EUR 2.100,-- = EUR 25.200,--
Evaluation	34.000,00	2010: EUR 12.000,--; 2011: EUR 11.000,--; 2012: EUR 11.000,--
Summe	200.000,00	

Die **Schätzung der wissenschaftlichen Begleitung** erfolgte auf Grund eines **Terminplanes** für wissenschaftliche Begleitung, die **Schätzung der Fortbildung** auf Grund eines **aufgestellten Fortbildungsprogramms** und die **Schätzung der Evaluation** auf Grund der **Rücksprache** mit der durchzuführenden Stelle des FH Joanneum.

Diese **Budget von EUR 200.000,--** steht nach dem **Grundsatzbeschluss** zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark für die vorhin genannten Arbeitspakete **zur Verfügung**.

Die **Kostenschätzung** ist **zahlenmäßig nachvollziehbar und erscheint** dem Stadtrechnungshof **als plausibel**. Bezüglich der **Kostentragung bei einer eintretenden Kostenüberschreitung des Budgets** wurde uns seitens des **Fachamtes schriftlich mitgeteilt**, es sich um eine realistische Kostenschätzung handelt, von der jedem klar ist, **dass es keine Überschreitungen geben darf**. Der Stadtrechnungshof geht auf Grund des vorhin angeführten Sachverhaltes davon aus, dass es **zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark keine schriftlichen Regelungen** betreffend die Kostentragung bei einer eintretenden Kostenüberschreitung des Budgets **gibt**.

Die **Nettogesamtkosten der Fachabteilung für externe wissenschaftliche Begleitung** durch Herrn Prof. Wolfgang Hinte, Universität Duisburg, MultiplikatorInnenqualifizierung, Fachliteratur, Fortbildungen, für den auf Grund des Pilotprojektes primär betroffenen Geschäftsbereiches der Fachabteilung, für die weiteren Geschäftsbereiche der Fachabteilung sowie für die KooperationspartnerInnen der Fachabteilung im Rahmen dieses Pilotprojektes **betragen für den Zeitraum 2006 bis 2009 EUR 133.697,45**.

Die externe wissenschaftliche Begleitung seitens Herrn Prof. Wolfgang Hinte, Universität Duisburg, ist für die Fachabteilung auch weiterhin vorgesehen.

Aufzeichnungen bezüglich intern erbrachter Leistungen liegen nicht vor.

2.3. Zusammenfassende Beurteilung von Projektvorschlag, Bedarf und Sollkosten

Die Stadt Graz hat sich **als österreichweit bisher einzige Bezirksverwaltungsbehörde zu einer Umstrukturierung der sozialen Arbeit** im Rahmen des Projektes „Sozialraumorientierung in Graz“ **entschlossen**.

Der **Stadtrechnungshof beurteilt** den Projektvorschlag zusammenfassend wie folgt:

- **Vorgeschlagen** wird, in einem **Pilotzeitraum von drei Jahren** eine **Änderung in der Abrechnungsmethodik** hinsichtlich der Jugendwohlfahrtsausgaben vorzunehmen, und zwar sowohl **im Verhältnis zwischen Stadt Graz und Land Steiermark**, als auch im **Verhältnis zwischen der Stadt Graz** als JWF-Behörde und den **freien Trägerorganisationen**.
- **Bezweckt** wird mit dem Projektvorschlag, das **Prinzip der „Globalbudgetierung“** bzw der „dezentralen Ressourcenverantwortung“ auch im Bereich der Pflichtausgaben nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz umzusetzen.
- Die **Erwartung** ist, dass durch die Umsetzung ein künftiger flacherer Wachstumsverlauf der Defizite im Jugendwohlfahrtsbereich erzielt wird.
- Die **Einschätzungen** werden vom Stadtrechnungshof geteilt, wie im Bericht ausführlich begründet wurde.

2.4. Finanzierung

Die **Finanzierung des Projektes** erfolgt durch den **öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger und die Stadt Graz als Sozialhilfeverbandsträger**. Die Zustimmung des Steiermärkischen Landtages erfolgte am 7. Juli 2009 und die Zustimmung des Grazer Gemeinderates erfolgte am 24. September 2009.

2.5. Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften

Der **Stadtrechnungshof geht davon aus, dass auf die Einhaltung aller sonstigen Gesetze, spezieller Rechtsnormen und Vorschriften**, sowie auf das **Vorliegen aller behördlichen Genehmigungen Bedacht genommen wird**. Weiters geht der Stadtrechnungshof davon aus, dass alle am Projekt beteiligten Unternehmen über die entsprechenden Berechtigungen verfügen werden.

Eine detaillierte Prüfung der Einhaltung der Rechtsvorschriften wurde seitens des Stadtrechnungshofes nicht durchgeführt.

3. Stellungnahme

Wir haben **auftragsgemäß** die **Projektkontrolle** zum Thema

**Sozialraumorientierung -
Durchführung eines dreijährigen Pilotprojektes
„Sozialraumorientierung in der Stadt Graz im Bereich
Jugendwohlfahrt – Einführung eines Sozialraumbudgets“**

durchgeführt.

Sowohl aus theoretischer Perspektive, als auch auf Basis empirischer Erkenntnislage empfiehlt der Stadtrechnungshof die Durchführung des Pilotprojektes.

Graz, im Februar 2010

Stadtrechnungshof der Landeshauptstadt Graz

Dr. Günter Riegler
Stadtrechnungshofdirektor

Stadt

G R A Z

Stadtrechnungshof

Stadt

G R A Z

Stadtrechnungshof